



Europäische
Kommission

EU-Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe



Rechtliche Hinweise: Die in diesem Bericht dargelegten Ansichten und Informationen spiegeln nicht unbedingt die Meinung oder den Standpunkt der Europäischen Kommission wider und binden das Organ in keiner Weise. Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Haftung für die Verwendung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2021

© Europäische Union, 2021.

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der EU sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

© Titelbild: Europäische Union

© Bild (auf S. 4): Europäische Union

© Symbole (auf Seite 6, 7, 8): Flaticon

© Symbole (auf Seite 6, 7, 8): Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDG-Ziele)

Print ISBN 978-92-76-46360-3 doi:10.2873/774690 ET-03-21-506-DE-C

PDF ISBN 978-92-76-46361-0 doi:10.2873/303 ET-03-21-506-DE-N

Hintergrund

Im Jahr 2019 hat die Europäische Kommission den europäischen Grünen Deal¹ veröffentlicht, der auf eine nachhaltige EU-Wirtschaft abzielt. Er bildet das Herzstück der Umwelt-, Klima- und Industriepolitik der EU und legt die Ziele der Klimaneutralität im Jahr 2050, der Null-Schadstoff-Emissionen und der Anhebung der CO₂-Reduktionsziele auf 55 % bis 2030 fest. Voraussetzung für die Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals ist der **Zugang zu nachhaltigen Rohstoffen**, insbesondere zu kritischen Rohstoffen, die für saubere Technologien sowie für digitale, Raumfahrt- und Verteidigungsanwendungen benötigt werden, durch eine Diversifizierung der Versorgung sowohl aus primären als auch aus sekundären Quellen.

Die Arbeitsgruppe Rohstoffversorgung² (der Mitgliedstaaten, regionale Behörden, Industrieverbände, Zivilgesellschaft, Sozialpartner und Forschungseinrichtungen angehören) und die Europäische Kommission haben eine Reihe freiwilliger, nicht verbindlicher **EU-Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe** ausgearbeitet und vereinbart.

Diese Grundsätze werden in einen **integrierten Ansatz für die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit bei der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung in Europa** einfließen.

2020 und 2021 hat die Europäische Kommission eine Reihe von Initiativen angenommen, die im europäischen Grünen Deal verankert und für Rohstoffe relevant sind:

- **2020 die neue Industriestrategie für Europa³ und 2021 die Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020⁴**, die den doppelten Übergang zur Klimaneutralität und zur Führungsrolle bei der Digitalisierung voranbringen und die Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie in Zeiten des zunehmenden globalen Wettbewerbs erhöhen sollen,

- **2020 den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft⁵** mit Vorschlägen zur Stärkung des Kreislaufprinzips und zur Bindung von Rohstoffen in der EU-Wirtschaft sowie einem neuen Rechtsrahmen für Batterien,
- **2020 die Mitteilung „Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen:** Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken⁶. Mit dieser Mitteilung, die auf der EU-Rohstoffinitiative⁷ aufbaut, wird die Liste der kritischen Rohstoffe für die EU aktualisiert und ein Aktionsplan für kritische Rohstoffe vorgeschlagen, um die Widerstandsfähigkeit in den EU-Lieferketten durch eine sichere und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu stärken.
- **Vorschlag für eine Verordnung über Batterien⁸ und Altbatterien** zur Sicherstellung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und kreislauforientierten Wertschöpfungskette für Batterien in Europa. Der Vorschlag enthält Bestimmungen für effizientere Recyclingverfahren und Verwertungsquoten, wodurch für eine durchgängige Berücksichtigung der Kreislauforientierung und eine Stärkung der Märkte für Sekundärrohstoffe gesorgt wird.

Ein wesentlicher Bestandteil des Aktionsplans für kritische Rohstoffe ist die Stärkung der nachhaltigen und verantwortungsvollen Beschaffung und Verarbeitung von Rohstoffen in der Europäischen Union, in der die öffentliche Akzeptanz einen wichtigen Aspekt darstellt. Dieses Ziel wird in den EU-Grundsätzen für nachhaltige Rohstoffe unterstützt, die erarbeitet wurden, um den in der Europäischen Union angewandten Verfahren Rechnung zu tragen, deren Anwendung auch von neuen Marktteilnehmern erwartet wird.

Ziel und Geltungsbereich

Das Ziel der EU-Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe besteht darin, **das Verständnis der Mitgliedstaaten in Bezug auf die nachhaltige Rohstoffgewinnung (von der Exploration bis nach der Stilllegung) und Verarbeitungstätigkeiten in der EU anzugleichen und die allgemeine Ausrichtung auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) festzulegen.** Dies wird zu einem gemeinsamen europäischen Verständnis der Nachhaltigkeitsgrundsätze führen, das zur Kohärenz zwischen neuen Zertifizierungs- und Kennzeichnungssystemen sowie zur Anerkennung bestehender Verfahren, Kodizes und Normen beitragen kann.

Durch die Grundsätze sollte ein besserer Austausch mit der Öffentlichkeit über die Bedingungen der nachhaltigen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung in Europa ermöglicht und die öffentliche Akzeptanz dafür gesteigert werden.

Die Grundsätze werden auf den bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Nachhaltigkeit⁹ aufbauen und sich auf international vereinbarte Initiativen zur nachhaltigen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung¹⁰ beziehen. Weder für die Mitgliedstaaten noch für die Industrie entstehen dadurch Verpflichtungen. Die Grundsätze wirken sich nicht auf die Entwicklung von Indikatoren und die Zertifizierung aus.

Geltungsbereich

Die EU-Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe gelten in der EU für die Gewinnung und Verarbeitung nichtenergetischer Rohstoffe und für den gesamten Lebenszyklus von Mineralienwertschöpfungsketten von der Exploration bis nach der Stilllegung sowie für die Erzeugung von Sekundärrohstoffen aus mineralischen Abfallströmen wie Gesteinsabfällen, Verarbeitungsabfällen/Bergematerial¹¹.

Zu den mineralgewinnenden Tätigkeiten zählen die Gewinnung aus einem Bergwerk oder Steinbruch, aber auch das Ausbaggern von Geschiebe, das Zerkleinern von Gestein und die Nutzung von Salzmarschen. Die Gewinnung erfolgt mit unterschiedlichen Verfahren: im Untertage- oder Übertage-Bergbau, mit Bohrungen usw.

Zur mineralgewinnenden Industrie gehören zusätzliche Tätigkeiten zur Vorbereitung der Rohstoffe für die Vermarktung wie beispielsweise Zerkleinern, Mahlen, Reinigen, Trocknen, Sortieren, Konzentrieren von Erzen. Diese Tätigkeiten werden oft in den Anlagen, in denen die Ressourcengewinnung erfolgte, und/oder in anderen Anlagen in der Nähe durchgeführt.



Einführung

Die Grundsätze beruhen auf den Zielen und Werten der EU, wie sie in den EU-Verträgen verankert sind:

- Förderung des Friedens sowie der Werte der EU und des Wohlergehens ihrer Bürgerinnen und Bürger
- Sicherstellen von Freiheit, Sicherheit und Recht ohne Binnengrenzen
- Nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, einer in hohem Maße wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie eines hohen Maßes an Umweltschutz
- Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung
- Förderung des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts
- Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und der Solidarität zwischen den EU-Ländern
- Achtung des kulturellen Reichtums und der sprachlichen Vielfalt der EU
- Förderung einer Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist
- Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie muss geachtet und geschützt werden und bildet das eigentliche Fundament der Grundrechte.
- Die Freizügigkeit ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, innerhalb der EU zu reisen und ihren Wohnsitz frei zu wählen. Persönliche Freiheiten wie die Achtung des Privatlebens, die Gedankenfreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit sind in der EU-Charta der Grundrechte geschützt.
- Demokratie. Die Arbeitsweise der EU beruht auf der repräsentativen Demokratie.
- Die Gleichstellung verschafft allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Rechte vor dem Gesetz. Der Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern bildet das Fundament sämtlicher europäischer Maßnahmen und der europäischen Integration. Er gilt in allen Bereichen.
- Rechtsstaatlichkeit. Die EU beruht auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit. Alle ihre Tätigkeiten stützen sich auf Verträge, die von den EU-Ländern freiwillig und demokratisch vereinbart wurden. Für die Einhaltung von Recht und Gesetz sorgt eine unabhängige Justiz. Oberste gerichtliche Instanz ist der Europäische Gerichtshof, dessen Urteile von allen EU-Ländern respektiert werden müssen.
- Die Menschenrechte werden durch die Charta der Grundrechte der EU geschützt. Dazu gehören das Recht auf Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, das Recht auf Schutz personenbezogener Daten und das Recht auf Zugang zur Justiz.

Rohstoffe

In diesem Zusammenhang sind Rohstoffe im Sinne der Definition in der Richtlinie über mineralische Abfälle¹² folgendermaßen zu verstehen:

„mineralische Rohstoffe“ oder „Mineral“: natürlich in der Erdkruste vorkommende Ablagerungen von organischen oder anorganischen Stoffen wie Erze, Industriemineralien und Baurohstoffe, ausgenommen Energierohstoffe und Wasser“.

EU-Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe



Soziale Grundsätze

Menschenrechte, Zusammenarbeit mit Interessengemeinschaften, Beschäftigung, Gesundheit und Sicherheit

1 Die nachhaltige Rohstoffgewinnung und -verarbeitung trägt zur Förderung der Menschenrechte, der Gemeinschaften und der verantwortungsvollen Staatsführung¹³ bei durch:

a. die Achtung der Menschenrechte, Kulturen, Bräuche und Werte von Menschen, einschließlich indigener Bevölkerungsgruppen, die von Gewinnungs- und Verarbeitungstätigkeiten betroffen sind;

b. einen konstruktiven und aktiven Dialog mit den betroffenen Gemeinschaften und Arbeitnehmern, einschließlich der indigenen Völker, um die soziale, wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung dieser Gemeinschaften voranzubringen. Der Dialog muss wirksam und transparent geführt werden und die Berichterstattungsmodalitäten in Bezug auf die betroffenen Interessenträger einhalten.

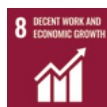
c. die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass die sicheren Lebensbedingungen in den betroffenen Gemeinschaften, einschließlich der indigenen Völker, nicht durch unsichere Gewinnungs- und Verarbeitungstätigkeiten gefährdet werden.

2 Die nachhaltige Rohstoffgewinnung und -verarbeitung fördert menschenwürdige Arbeitsbedingungen¹⁴ durch:

a. die Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz aufgrund der Verpflichtung zu einem Null-Unfall-Ziel;

b. den kontinuierlichen Ausbau der Kompetenzen der Arbeitnehmer durch die Schaffung und Aufrechterhaltung eines stabilen und hochwertigen Arbeitsplatzes;

c. die Achtung der Arbeitnehmerrechte im Einklang mit den Grundübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation.





Wirtschaftliche und Governance-Grundsätze

Unternehmensintegrität, Transparenz und allgemeinerer Beitrag zur Wirtschaftslage

3

Die nachhaltige Rohstoffgewinnung und -verarbeitung steht im Einklang mit allen Gesetzen und Vorschriften in der EU, einschließlich der in den EU-Verträgen verankerten EU-Rechtsvorschriften.

4

Die nachhaltige Rohstoffgewinnung und -verarbeitung ist ein wesentlicher Bestandteil nachhaltiger Wertschöpfungsketten, die für das Wirtschaftswachstum und die Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft¹⁵ sowie für den Übergang zu Klimaneutralität und einer digitalen Wirtschaft von strategischer Bedeutung sind, bei gleichzeitiger Einhaltung des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“, der im europäischen Grünen Deal festgelegt ist, da sie:

a. zum Wirtschaftswachstum und zum sozioökonomischen Fortschritt von Gemeinschaften, einschließlich indigener Völker, beiträgt, die mit Gewinnungs- und Verarbeitungstätigkeiten in Verbindung stehen oder von ihnen betroffen sind¹⁶;

b. zur Sicherstellung der langfristigen Nachhaltigkeit und wirtschaftlichen Tragfähigkeit durchgeführt wird, um den Bedarf der modernen Gesellschaft an Mineralien und Metallen zu entwickeln und zu decken;

c. Innovationen ermöglicht¹⁷ und die Übernahme digitaler Technologien im Hinblick auf sicherere, sauberere und kostengünstigere Produktionsprozesse fördert;

d. für die Durchsetzung von kreislaforientierten und ressourceneffizienten mineralienbasierten Technologie-Wertschöpfungsketten sorgt, um die Abfallverwertung zu fördern und die Energiewende und Elektrifizierung zu ermöglichen.

5

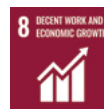
Bei der nachhaltigen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung wird für eine solide Haushaltsführung¹⁸ gesorgt durch:

a. eine entsprechend verantwortungsvolle Handhabung aller finanziellen Angelegenheiten und ökologischen und sozialen Aspekte der Tätigkeiten;

b. die Einbeziehung der Nachhaltigkeit in die Unternehmensführungsstrategien und -managementsysteme auf der Grundlage der sozialen Verantwortung der Unternehmen einschließlich des Risikomanagements und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit;

c. die Anwendung solider Transparenzsysteme, auch bei den nichtfinanziellen Informationen, für Investoren und Öffentlichkeit;

d. die Einhaltung ethischer Unternehmenspraktiken, bei denen in allen Geschäftsbereichen die höchste Unternehmensintegrität gewahrt wird, und die Einhaltung solider Governance-Systeme, wie sie in den Rechtsvorschriften der EU und der Mitgliedstaaten und in einschlägigen international anerkannten Leitlinien festgelegt sind¹⁹.





Ökologische Grundsätze

Umweltmanagement und Abschwächung der Umweltauswirkungen

6

Bei der nachhaltigen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung wird für ein solides Umweltmanagement gesorgt durch²⁰:

- a. ein solides wissenschaftlich fundiertes und wissenschaftsbasiertes Umweltmanagement der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit im Einklang mit dem geltenden Rechtsrahmen und dem europäischen Grünen Deal; dabei erfolgt eine angemessene Überwachung, Bewertung und Minimierung der wichtigsten negativen Auswirkungen der Tätigkeiten auf die Umwelt (z. B. Wasser, Luft, Boden) und der daraus resultierenden Schäden;
- b. die Umsetzung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen während der gesamten Dauer einer Gewinnungs- und Verarbeitungstätigkeit, von der Exploration bis nach der Stilllegung;
- c. die Anwendung der besten verfügbaren Techniken für die Bewirtschaftung mineralischer Abfälle im Einklang mit der Richtlinie über mineralische Abfälle und dem geltenden BVT-Merkblatt für die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie;
- d. die Anwendung – im Einklang mit den geltenden EU-Rechtsvorschriften, dem europäischen Grünen Deal und der Biodiversitätsstrategie – der Vorschriften zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Minimierung der gegebenenfalls eintretenden negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt²¹ sowie erforderlichenfalls die Gewährung eines entsprechenden Ausgleichs in Form von integrierten Ansätzen und die Vereinbarkeit von mineralgewinnenden und verarbeitenden Tätigkeiten mit Umweltschutzzielen in Natura-2000-Gebieten²².

7

Die nachhaltige Rohstoffgewinnung und -verarbeitung verbessert und fördert eine effiziente Energienutzung und unterstützt Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen²³ durch:

- a. die Verbesserung der Effizienz der Energienutzung und die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen zur Minimierung der Treibhausgasemissionen. Die CO₂-Äquivalent-Emissionen werden gemessen und/oder geschätzt und entsprechend den anerkannten und in EU- und nationalen/regionalen Rechtsvorschriften festgelegten Meldestandards gemeldet.
- b. die Unterstützung oder Ausrichtung auf die Ziele weltweiter Klimaschutzübereinkommen durch wissenschaftlich fundierte Ziele zur Verringerung oder Minderung von CO₂-Äquivalent-Emissionen und Förderung der Nutzung verfügbarer erneuerbarer Energiequellen;
- c. die Bewertung der Anfälligkeit der Tätigkeiten für den Klimawandel, die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Tätigkeiten gegenüber dem Klimawandel durch geeignete Anpassungsmaßnahmen sowie das Beitragen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der in der Nähe lebenden Gemeinschaften, einschließlich indigener Völker, gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels.

8

Die nachhaltige Rohstoffgewinnung und -verarbeitung umfasst die Materialverantwortung und leistet einen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft der EU²⁴, soweit möglich und im Rahmen ihrer Zuständigkeit²⁵, durch:

- a. die Ermöglichung und Förderung der sicheren Verwendung, des Recyclings und der Entsorgung von Produkten durch Schaffung eines Bewusstseins für die Verwendung ihrer Stoffe oder die Materialverantwortung in den entsprechenden Bereichen;
- b. die Förderung der Materialverantwortung im Bergbau und bei der Verarbeitung, einschließlich der wirtschaftlichen Gewinnung von Nebenprodukten und der Rückgewinnung von Rohstoffen aus Bergbau- und Verarbeitungsabfällen sowie anderen Sekundärressourcen.



ANNEX

EU principles for sustainable raw materials, links to relevant EU legislation



ANNEX

EU principles for sustainable raw materials, links to relevant EU legislation

EU principles for sustainable raw materials, Social/Economic- and Governance/Environmental	
<p>Social principles – 1-2: Human rights, engagement with communities of interest, employment, health and safety</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sustainable raw materials extraction and processing support human rights, communities and sound governance through: <ol style="list-style-type: none"> a. respect for human rights, cultures, customs and values of people, including indigenous populations, affected by extraction and processing activities; b. a constructive and active dialogue with communities and workers concerned, including those of indigenous people, to advance the social, economic and institutional development of those communities. The dialogue shall be effective and transparent and deliver on reporting arrangements with concerned stakeholders; c. commitment to ensure safe living conditions in communities concerned, including of indigenous people, are not jeopardised by unsafe extraction and processing operations. 2. Sustainable raw materials extraction and processing support Decent Work for the workforce through: <ol style="list-style-type: none"> a. improving the worker's health and safety with the commitment of achieving a zero accidents target; b. continuously improving the skills of the workers, creating and maintaining a stable and quality workplace; c. respect for worker's rights in line with the International Labour Organization Fundamental Conventions 	
EU legislation	EU legislation - scope
<p>Directive 2003/35/EC of the European Parliament and of the Council of 26 May 2003 providing for public participation in respect of the drawing up of certain plans and programmes relating to the environment and amending with regard to public participation and access to justice Council Directives 85/337/EEC and 96/61/EC - Statement by the Commission.</p> <p>Directive 2003/4/EC of the European Parliament and of the Council of 28 January 2003 on public access to environmental information and repealing Council Directive 90/313/EEC.</p>	<p>This Directive provides amendments of Directive 85/337/EEC (Assessment of the effects of certain public and private projects on the environment) and Directive 96/61/EC (IPPC Directive) in order to be fully harmonized with the Aarhus Convention. It focuses on the options of public participation in respect to certain plans and projects relating to the environment.</p> <p>The Directive fully adapts national laws to the 1998 Aarhus Convention on access to information. It guarantees the public access to environmental information held by, or for, public authorities, both upon request and through active dissemination. It sets out the basic terms, conditions and practical arrangements where access upon request may be exercised.</p>

EU legislation	EU legislation - scope
<p>Directive 2004/107/EC of the European Parliament and of the Council of 15 December 2004 relating to arsenic, cadmium, mercury, nickel and polycyclic aromatic hydrocarbons in ambient air.</p>	<p>Target value for arsenic, cadmium, mercury, nickel and polycyclic aromatic hydrocarbons in ambient air Exclusions from scope: none. The Directive may be relevant at permitting of extraction and post-extraction phases of sulphidic ore mining sites.</p>
<p>Directive 2008/50/EC of the European Parliament and of the Council of 21 May 2008 on ambient air quality and cleaner air for Europe.</p>	<p>In scope: improve air quality in MSs. The Directive is primarily relevant to extraction phase which may have pollution effect on the ambient air.</p>
<p>Regulation (EU) No 540/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on the sound level of motor vehicles and of replacement silencing systems.</p>	<p>The Regulation may be highly relevant for environmental permitting at the extraction phase.</p>
<p>Directive 2002/49/EC of the European Parliament and of the Council of 25 June 2002 relating to the assessment and management of environmental noise.</p>	<p>Environmental noise to which humans are exposed in particular in built-up areas, in public parks or other quiet areas in an agglomeration, in quiet areas in open country, near schools, hospitals and other noise sensitive buildings and areas. The Directive may be applicable at all three permitting phases (exploration/extraction/post-extraction), especially for permitting of extraction.</p>
<p>Directive 2000/14/EC of the European Parliament and of the Council of 8 May 2000 on the approximation of the laws of the Member States relating to the noise emission in the environment by equipment for use outdoors. This framework Directive harmonises the 9 existing legal instruments on noise emissions for each type of construction plant and equipment.</p>	<p>Can be relevant in all three phases of permitting, as many of the equipment listed in Arts. 12 and 13 are used by the NEEI. All these equipments must include the CE mark visibly.</p>
<p>Commission Directive (EU) 2015/996 of 19 May 2015 establishing common noise assessment methods according to Directive 2002/49/EC of the European Parliament and of the Council.</p>	<p>The Directive has to be applied for noise assessment methods as part of the EIA procedure.</p>
<p>Responsible Minerals Regulation. Regulation (EU) 2017/821.</p>	<p>Establishes a Union system for supply chain due diligence to stem the trade in tin, tantalum and tungsten, their ores, and gold. This Regulation is designed to provide transparency and certainty as regards the supply practices of Union importers, and of smelters and refiners sourcing from conflict-affected and high-risk areas.</p>
<p>Council Directive 92/104/EEC of 3 December 1992 on the minimum requirements for improving the safety and health protection of workers in surface and underground mineral-extracting industries</p>	<p>The Directive covers surface and underground mineral-extracting industries, including prospecting, and the preparation of extracted materials for sale. It does not cover the subsequent processing of the materials extracted.</p>

EU legislation	EU legislation - scope
<p>Council Directive 92/91/EEC of 3 November 1992 concerning the minimum requirements for improving the safety and health protection of workers in the mineral- extracting industries through drilling</p>	<p>The objective of this Directive is to improve the safety and health conditions of workers in the extractive industries concerned with exploration for and extraction of minerals by means of boreholes (onshore and offshore).</p>
<p>The European Framework Directive on Safety and Health at Work 89/391/EEC. It includes measures to encourage improvements in the safety and health of workers at work. It guarantees minimum safety and health requirements throughout Europe while Member States are allowed to maintain or establish more stringent measures. Items a)-g) below related acts:</p>	<p>This Directive shall apply to all sectors of activity, both public and private.</p>
<p>a) Directive 2009/104/EC of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 concerning the minimum safety and health requirements for the use of work equipment by workers at work.</p>	<p>The Directive lays down minimum safety and health requirements for the use of work equipment by workers at work.</p>
<p>b) Council Directive 89/656/EEC of 30 November 1989 on the minimum health and safety requirements for the use by workers of personal protective equipment at the workplace.</p>	<p>This Directive lays down minimum requirements for personal protective equipment used by workers at work. The provisions of Directive 89/391/EEC are fully applicable to the whole scope, without prejudice to more restrictive and/or specific provisions contained in this Directive. Occupational health and safety protection measures comprise a compulsory part of the Technical operation plan (TOP).</p>
<p>c) Directive 2003/10/EC of the European Parliament and of the Council of 6 February 2003 on the minimum health and safety requirements regarding the exposure of workers to the risks arising from physical agents (noise)</p>	<p>Applies to activities in which workers are or are likely to be exposed to risks from noise as a result of their work. Occupational health and safety protection measures comprise a compulsory part of the Technical operation plan (TOP).</p>
<p>d) Directive 2002/44/EC of the European Parliament and of the Council of 25 June 2002 on the minimum health and safety requirements regarding the exposure of workers to the risks arising from physical agents (vibration)</p>	<p>This Directive lays down minimum requirements for the protection of workers from risks to their health and safety arising or likely to arise from exposure to mechanical vibration.</p>
<p>e) Council Directive 92/58/EEC of 24 June 1992 on the minimum requirements for the provision of safety and/or health signs at work.</p>	<p>This Directive lays down minimum requirements for the provision of safety and/or health signs at work. The provisions of Directive 89/391/EEC shall apply in full to the whole area, without prejudice to more stringent and/or specific provisions in this Directive. Not directly relevant for permitting (exploration/extraction/post-extraction), however occupational health and safety protection measures comprise a compulsory part of the Technical operation plan (TOP).</p>

EU legislation	EU legislation - scope
<p>f) Council Directive 98/24/EC of 7 April 1998 on the protection of the health and safety of workers from the risks related to chemical agents at work (fourteenth individual Directive within the meaning of Art. 16(1) of Directive 89/391/EEC)</p>	<p>The requirements of this Directive apply where hazardous chemical agents are present or may be present at the workplace. It lays down particular minimum requirements, including limit values. Occupational health protection measures comprise a compulsory part of the Technical operation plan (TOP). To prevent the exposure of workers to health risks from certain chemical agents and/or certain activities involving chemical agents, the production, manufacture or use at work of the chemical agents and the activities set out in Annex III shall be prohibited to the extent specified therein.</p>
<p>g) Directive 2004/37/EC of the European Parliament and of the Council of 29 April 2004 on the protection of workers from the risks related to exposure to carcinogens or mutagens at work (Sixth individual Directive within the meaning of Art. 16(1) of Council Directive 89/391/EEC)</p>	<p>This Directive has as its aim the protection of workers against risks to their health and safety, including the prevention of such risks, arising or likely to arise from exposure to carcinogens or mutagens at work. It lays down particular minimum requirements in this area, including limit values.</p>
<p>Regulation (EC) No 1272/2008 of the European Parliament and of the Council of 16 December 2008 on classification, labelling and packaging of substances and mixtures, amending and repealing Directives 67/548/EEC and 1999/45/EC, and amending Regulation (EC) No 1907/2006</p>	<p>Regulation (EC) No 1272/2008 of the European Parliament and of the Council of 16 December 2008 on classification, labelling and packaging of substances and mixtures, amending and repealing Directives 67/548/EEC and 1999/45/EC, and amending Regulation (EC) No 1907/2006.</p>
<p>Council Directive 2013/59/Euratom of 5 December 2013 laying down basic safety standards for protection against the dangers arising from exposure to ionising radiation.</p>	<p>This Directive establishes uniform basic safety standards for the protection of the health of individual's subject to occupational, medical and public exposures against the dangers arising from ionising radiation. It applies to any planned, existing or emergency exposure situation which involves a risk from exposure to ionising radiation which cannot be disregarded from a radiation protection point of view or with regard to the environment in view of long-term human health protection. The Directive may be relevant concerning health and safety instructions for exploration technical operation plans (TOP), using certain geophysical methods. As far as mining of uranium and thorium ores do not fall under the non-energy extractive industry activities, provisions of the Directive concerning extraction and processing of these ores as well as post-extraction treatment of radioactive waste are not in scope. At several ore mining regions (in granitic massives or tertiary volcanic ranges) elevated radon concentration may appear in workplaces, where provisions of Art. 54 may apply.</p>

EU legislation	EU legislation - scope
Directive 97/23/EC of the European Parliament and of the Council of 29 May 1997 on the approximation of the laws of the Member States concerning pressure equipment.	
Directive 2006/42/EC of the European Parliament and of the Council of 17 May 2006 on machinery, and amending Directive 95/16/EC (recast).	
Directive 90/269/EEC Manual Handling of Loads	
Directive 90/270/EEC Display Screen Equipment	
Directive 2004/40/EC Electromagnetic Fields	
Directive 2006/25/EC Artificial Optical Radiation	
Directive 2000/54/EC Biological Agents	
Directive 92/57/EEC Temporary or mobile construction sites	
Directive 91/383/EEC 42 Temporary workers	
Directive 2003/88/EC concerning certain aspects of the organisation of working time	
Directive 94/33/EC Young people at work	
<p>Voluntary EU Multisectoral Social Dialogue Agreement NEPSI (European Network on Silica), OJ C 279 on 17.11.2006.</p> <p>It is to be noted, that although this is not a legislative act, this voluntary Agreement is worth to be mentioned here.</p>	<p>Since 2006, the Social Dialogue "Agreement on Workers' Health Protection Through the Good Handling and Use of Crystalline Silica and Products Containing it" aims to protect the health of employees occupationally exposed to respirable crystalline silica in 18 industry sectors minimising such exposure by applying good practices, and increasing the knowledge and awareness about potential health effects of respirable crystalline silica as well as about good practices.</p>

EU principles for sustainable raw materials, Social/Economic- and Governance/Environmental

Economic - and governance principles – 3-5: Business integrity, transparency and wider economic contribution

3. Sustainable raw materials extraction and processing comply with all laws and regulations in the EU, including EU legislation as laid down in the EU Treaties.
4. Sustainable raw materials extraction and processing constitute an essential building block for sustainable value chains that have a strategic importance for economic growth and the sustainability of Europe's economy and society including the transition to climate neutrality and a digital economy while complying with the principle of do no significant harm as stated in the European Green Deal in that they:
 - a. contribute to the economic growth and the socio-economic advancement of communities, including indigenous people, associated with or affected by extraction and processing operations ;
 - b. are carried out to ensure long-term sustainability and economic viability to develop and meet the needs of modern society for minerals and metals;
 - c. facilitate innovation and encourage the uptake of digital technologies for safer, cleaner and cost-effective production processes.
 - d. implement circular economy and resource efficiency driven mineral-based technology value chains to promote waste recovery, and enable energy transition and electrification.
5. Sustainable raw materials extraction and processing apply sound financial management in the following ways:
 - a. by applying a properly accountable management with respect to all financial matters and the environmental and social aspects of the operations;
 - b. by integrating sustainability in the corporate governance strategies and management systems building on corporate social responsibility including risk management and respect for the rule of law;
 - c. by applying robust systems of transparency including in the non-financial reporting matrix to investors and the public;
 - d. by adhering to ethical corporate practices maintaining the highest business integrity in all operations and to sound systems of governance as laid down in EU and national legislation and relevant internationally accepted guidance.

EU legislation	EU legislation - scope
<p>Accounting Directive: Directive 2013/34/EU. On the annual financial statements, consolidated financial statements and related reports of certain types of undertakings, amending Directive 2006/43/EC of the European Parliament and of the Council and repealing Council Directives 78/660/EEC and 83/349/EEC Text with EEA relevance</p>	<p>This Directive is a general instrument for economic activities in the EU, regulating the accounting rules (e.g. general financial reporting principles, general provisions concerning the balance sheet) of annual financial statements for different types of companies.</p> <p>Promote the application of corporate governance codes by requiring that listed companies refer in their corporate governance statement to a code and disclose whether they comply with it and if not, they provide an explanation. Corporate governance codes therefore remain largely voluntary.</p>
<p>Shareholders rights directive: Directive 2007/36/EC on the exercise of certain rights of shareholders in listed companies; Directive (EU) 2017/828 amending Directive 2007/36/EC</p>	<p>Some key corporate governance aspects have been harmonised at EU level through directives. The Shareholders' Rights Directives grant a number of procedural shareholder rights and promote long-term shareholder engagement, facilitate voting and regulates remuneration.</p>
<p>Transparency Directive: Directive 2013/50/EU of the European Parliament and of the Council of 22 October 2013 amending Directive 2004/109/EC of the European Parliament and of the Council on the harmonisation of transparency requirements in relation to information about issuers whose securities are admitted to trading on a regulated market, Directive 2003/71/EC of the European Parliament and of the Council on the prospectus to be published when securities are offered to the public or admitted to trading and Commission Directive 2007/14/EC laying down detailed rules for the implementation of certain provisions of Directive 2004/109/EC Text with EEA relevance.</p>	<p>The Transparency Directive sets up the requirements in relation to the disclosure of periodic and ongoing information about issuers whose securities are already admitted to trading on a regulated market situated or operating within a MS.</p>
<p>Takeover Bids Directive Directive 2004/25/EC, amended by Regulation (EC) 219/2009 and Directive 2014/59/EU.</p>	<p>Provides for common rules for takeover bids, in particular as regards the protection of minority shareholders in cases when control of a company changes hands.</p>
<p>Non-Financial Reporting Directive: Directive 2014/95/EU. Currently under review.</p>	<p>New reporting requirements on sustainability related matters for certain large companies having more than 500 employees. These have to disclose environmental, social and human rights, corruption and bribery related information (risk, policies, the outcome of those policies, key performance indicators and impacts).</p>

EU legislation	EU legislation - scope
<p>Taxonomy Regulation. Regulation (EU) 2020/852.</p>	<p>Establishes the framework for the EU taxonomy by setting out four overarching conditions that an economic activity has to meet in order to qualify as environmentally sustainable.</p> <p>The Taxonomy Regulation establishes six environmental objectives</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Climate change mitigation 2. Climate change adaptation 3. The sustainable use and protection of water and marine resources 4. The transition to a circular economy 5. Pollution prevention and control 6. The protection and restoration of biodiversity and ecosystems <p>European Commission to establish a classification of environmentally sustainable economic activities by defining technical screening criteria for each environmental objective with the aim of scaling up sustainable investments and combatting greenwashing of 'sustainable' financial products.</p>

EU principles for sustainable raw materials, Social/Economic- and Governance/Environmental

Environmental principles – 6-8: Environmental management and impact mitigation

6. Sustainable raw materials extraction and processing apply sound environmental management practices. It is ensured by:
 - a. applying sound science- and knowledge-based environmental management of technical and economic feasibility, which is in alignment with the current legal framework in place and the European Green Deal; the main negative impacts of the operations on the environment (e.g. water, air, soil) as well as resulting damages will be adequately monitored, assessed and minimised;
 - b. environmental protection and mitigation measures being applied throughout the life of an extraction and processing operation, from exploration to post closure;
 - c. applying the best available techniques on extractive waste management, in line with the Extractive Waste Directive and the Reference Document for the Management of Waste from Extractive Industries (MWEI) BREF in place;
 - d. applying, in line with current EU legislation and the European Green Deal and Biodiversity Strategy, the conservation of biodiversity, and any negative impact on biodiversity is minimised and where legally stipulated compensated through implementation of integrated approaches as well as reconciliation of extractive and processing activities in Natura 2000 sites .
7. Sustainable raw materials extraction and processing improve and promote efficient energy use, support climate change mitigation and adaptation measures through:
 - a. improving the efficiency of energy use and promoting the use of renewable energy sources in order to minimise greenhouse gas emissions. The CO2 equivalent emissions are measured and/or estimated and reported in line with accepted reporting standards laid down in EU and national/regional legislation
 - b. supporting or alignment with the objectives of global climate agreements through science-based targets for the reduction or mitigation of CO2 equivalent emissions and promoting the use of available renewable energy sources;
 - c. assessing the vulnerability of operations to climate change, improving resilience of operations to climate change through suitable adaptation measures and contributing to the resilience of nearby communities, including indigenous people, in the face of climate change effects.
8. Sustainable raw materials extraction and processing includes materials stewardship and contributes to the EU's circular economy where possible and within its responsibilities through:
 - a. facilitating and encouraging the promotion of safe use, recycling and disposal of products through an understanding of their material use or material stewardship in thematic areas.
 - b. promoting material stewardship in mining and processing, including economic extraction of by-products and the recovery of raw materials from mining and processing waste as well as other secondary resources.

EU legislation	EU legislation - scope
<p>Directive 2006/21/EC of the European Parliament and of the Council of 15 March 2006 on the management of waste from extractive industries and amending Directive 2004/35/EC. Extractive Waste Directive. Associated legislation below a) - e).</p>	<p>Management of waste resulting from the prospecting, extraction, treatment and storage of mineral resources and the working of quarries (“extractive waste”).</p>
<p>a) 2009/335/EC: Commission Decision of 20 April 2009 on technical guidelines for the establishment of the financial guarantee in accordance with Directive 2006/21/EC.</p>	
<p>b) 2009/337/EC: Commission Decision of 20 April 2009 on the definition of the criteria for the classification of waste facilities in accordance with Annex III of Directive 2006/21/EC.</p>	
<p>c) 2009/358/EC: Commission Decision of 29 April 2009 on the harmonisation, the regular transmission of the information and the questionnaire referred to in Art. 22(1)(a) and 18 of Directive 2006/21/EC.</p>	
<p>d) 2009/359/EC: Commission Decision of 30 April 2009 completing the definition of inert waste in implementation of Art. 22(1)(f) of Directive 2006/21/EC.</p>	
<p>e) 2009/360/EC: Commission Decision of 30 April 2009 completing the technical requirements for waste characterisation laid down by Directive 2006/21/EC.</p>	
<p>2009/335/EC: Commission Decision of 20 April 2009 on technical guidelines for the establishment of the financial guarantee in accordance with Directive 2006/21/EC of the European Parliament and of the Council concerning the management of waste from extractive industries (notified under document number C(2009) 2798) [Also under Extractive waste management above].</p>	<p>Scope as in Directive 2006/21/EC</p>
<p>Directive 2012/18/EU of the European Parliament and of the Council of 4 July 2012 on the control of major-accident hazards involving dangerous substances, amending and subsequently repealing Council Directive 96/82/EC (Seveso III Directive, Chapters: 15.10.20.50).</p>	<p>The scope of the Directive covers the establishments, including salt cavities and disused mines and chemical and thermal processing operations and storage related to those operations which involve dangerous substances, as well as operational tailings disposal facilities, including tailing ponds or dams, containing dangerous substances.</p>

EU legislation	EU legislation - scope
<p>Directive 2014/52/EU on amending Directive 2011/92/EU on the assessment of the effects of certain public and private projects on the environment: Environmental Impact Assessment Directive.</p>	<p>The Directive contains a legal requirement to carry out an environmental impact assessment (EIA) of public or private projects likely to have significant effects on the environment because of their nature, size or location, before they begin.</p>
<p>Directive 2001/42/EC of the European Parliament and of the Council of 27 June 2001 on the assessment of the effects of certain plans and programmes on the environment. Directive for Strategic Environmental Assessment.</p>	<p>The Directive requires certain plans and programmes, which are likely to have significant effects on the environment, to be subject to an environmental assessment.</p>
<p>Regulation (EC) No 1221/2009 of the European Parliament and of the Council of 25 November 2009 on the voluntary participation by organisations in a Community eco-management and audit scheme (EMAS), repealing Regulation (EC) No 761/2001 and Commission Decisions 2001/681/EC and 2006/193/EC.</p>	<p>This regulation is to set up market mechanisms to commit organisations to adopt pro-active approach on compliance of regulatory requirements regarding to the environment. The European Union eco-management and audit scheme (EMAS) is a voluntary scheme designed to promote continuous improvements of the environmental performance and compliance with all relevant regulatory requirements regarding the environment.</p>
<p>Directive 2004/35/EC of the European Parliament and of the Council of 21 April 2004 on environmental liability with regard to the prevention and remedying of environmental damage. Environmental Liability Directive.</p>	<p>The Directive establishes a framework for environmental liability based on the polluter pays principle, with a view to preventing and remedying environmental damage.</p>
<p>Regulation (EC) No 1907/2006 of the European Parliament and of the Council of 18 December 2006 concerning the Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals (REACH), establishing a European Chemicals Agency, amending Directive 1999/45/EC and repealing Council Regulation (EEC) No 793/93 and Commission Regulation (EC) No 1488/94 as well as Council Directive 76/769/EEC and Commission Directives 91/155/EEC, 93/67/EEC, 93/105/EC and 2000/21/EC.</p>	<p>The REACH (registration, evaluation, authorisation and restriction of chemicals) regulation provides a comprehensive legislative framework for chemicals manufacture and use in Europe.</p>
<p>Directive 2010/75/EU of the European Parliament and of the Council of 24 November 2010 on industrial emissions (integrated pollution prevention and control) Text with EEA relevance.</p>	<p>The legislation covers the following industrial activities: energy, metal production and processing, minerals, chemicals, waste management and other sectors such as pulp and paper production, slaughterhouses and the intensive rearing of poultry and pigs. All installations covered by the Directive must prevent and reduce pollution by applying the best available techniques (BATs), efficient energy use, waste prevention and management and measures to prevent accidents and limit their consequences.</p>

EU legislation	EU legislation - scope
COM(2020) 80 final. Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing the framework for achieving climate neutrality and amending Regulation (EU) 2018/1999 (European Climate Law).	This Regulation establishes a framework for the irreversible and gradual reduction of greenhouse gas emissions and enhancement of removals by natural or other sinks in the Union. This Regulation sets out a binding objective of climate neutrality in the Union by 2050 in pursuit of the long-term temperature goal set out in Article 2 of the Paris Agreement, and provides a framework for achieving progress in pursuit of the global adaptation goal established in Article 7 of the Paris Agreement. This Regulation applies to anthropogenic emissions and removals by natural or other sinks of the greenhouse gases listed in Part 2 of Annex V to Regulation (EU) 2018/1999.
Commission Regulation (EU) No 601/2012 of 21 June 2012 on the monitoring and reporting of greenhouse gas emissions pursuant to Directive 2003/87/EC of the European Parliament and of the Council Text with EEA relevance.	Emission factors.
Directive 2009/147/EC of the European Parliament and the Council of 30 November 2009 on the conservation of wild birds (codified version of Directive 79/409/EEC). Birds Directive.	The Directive seeks to conserve all species of naturally occurring birds in the wild state in the European territory of the Member States to which the Treaty applies by setting out rules for their protection, management and control.
Council Directive 92/43/EEC of 21 May 1992 on the conservation of natural habitats and of wild fauna and flora, Habitats Directive.	This Directive, known as the Habitats Directive, is intended to help maintain or improve biodiversity in the MSs by defining a common framework for the conservation of wild plants and animals and of habitats of Community interest.
Directive 2000/60/EC of the European Parliament and of the Council of 23 October 2000 establishing a framework for Community action in the field of water policy. Water Framework Directive.	This Directive seeks to protect and improve water quality.
Directive 2006/118/EC of the European Parliament and of the Council of 12 December 2006 on the protection of groundwater against pollution and deterioration.	Provides measures to prevent and control groundwater pollution has been required by the Water Framework Directive.
Directive 2020/2184 of the European Parliament and of the Council of 16 December 2020 on the quality of water intended for human consumption (recast). Replacing Council Directive 98/83/EC of 3 November 1998 on the quality of water intended for human consumption. Drinking Water Directive.	The Directive applies to all water intended for human consumption apart from natural mineral waters and waters which are medicinal products. Member States shall take all measures necessary to ensure that regular monitoring of the quality of water intended for human consumption is carried out.

EU legislation	EU legislation - scope
<p>Directive 2007/60/EC of the European Parliament and of the Council of 23 October 2007 on the assessment and management of flood risks. Floods Directive.</p>	<p>This Directive aims to establish a framework for measures to reduce the risk of floods in the EU by assessing the risk of flooding in river basins and coastal regions, mapping out areas that are prone to significant floods and drawing up flood-risk management plans based on close cooperation between the EU countries.</p>
<p>Directive 2008/98/EC of the European Parliament and of the Council of 19 November 2008 on waste and repealing certain Directives (Text with EEA relevance). Waste Framework Directive.</p>	<p>Waste in general, waste hierarchy, rules on by-products and end-of-waste status, permits and registrations, lists, waste management plans, public participation, inspections, record keeping, enforcement and penalties, Comitology, hazardous waste characterization.</p>
<p>Directive 2004/107/EC of the European Parliament and of the Council of 15 December 2004 relating to arsenic, cadmium, mercury, nickel and polycyclic aromatic hydrocarbons in ambient air.</p>	<p>The Directive may be relevant at permitting of extraction and post-extraction phases of sulphidic ore mining sites.</p>
<p>Regulation (EC) No 166/2006 of the European Parliament and of the Council of 18 January 2006 concerning the establishment of a European Pollutant Release and Transfer Register and amending Council Directives 91/689/EEC and 96/61/EC (Text with EEA relevance).</p>	<p>The register contains information on releases of pollutants to air, water and land, as well as off-site transfers of pollutants present in waste-water and waste.</p>
<p>2006/61/EC: Council Decision of 2 December 2005 on the conclusion, on behalf of the European Community, of the UN-ECE Protocol on Pollutant Release and Transfer Registers.</p>	<p>This Council Decision declares the approval of the UN-ECE Protocol on Pollutant Release and Transfer Registers (PRTR) on behalf of the European Community. The detailed rules on introduction of the European PRTR is set by the 166/2006 (EC) Regulation. PRTR is an environmental database or inventory of potentially harmful releases of environmental media. It shall be reported periodically, considering that to which media and quantity of the pollution has been released.</p>
<p>2000/532/EC: Commission Decision of 3 May 2000 replacing Decision 94/3/EC establishing a list of wastes pursuant to Art. 1(a) of Council Directive 75/442/EEC on waste and Council Decision 94/904/EC establishing a list of hazardous waste pursuant to Art. 1(4) of Council Directive 91/689/EEC on hazardous waste.</p>	<p>Relevant for all waste streams.</p>

EU legislation	EU legislation - scope
<p>2009/337/EC: Commission Decision of 20 April 2009 on the definition of the criteria for the classification of waste facilities in accordance with Annex III of Directive 2006/21/EC of the European Parliament and of the Council concerning the management of waste from extractive industries. [Also under Extractive waste management above].</p> <p>Proposal for a Regulation on batteries and waste batteries COM(2020) 798/3 2020/353 (COD).</p>	<p>Scope as in Directive 2006/21/EC</p>
	<p>This Regulation establishes requirements on sustainability, safety, labelling and information to allow the placing on the market or putting into service of batteries, as well as requirements for the collection, treatment and recycling of waste batteries.</p>

Fußnoten

¹ COM(2019) 640 final.

² Sachverständigengruppe der Kommission.

³ COM(2020) 102 final.

⁴ COM(2021) 350 final.

⁵ COM(2020) 98 final.

⁶ COM(2020) 474 final.

⁷ Mitteilung KOM(2008) 699 endgültig. Laut dieser Initiative können moderne Gesellschaften ohne sichere Rohstoffversorgung nicht dauerhaft funktionieren und ist die Wirtschaft auf eine ausreichende Versorgung mit mineralischen Rohstoffen zu akzeptablen Preisen angewiesen. In der Rohstoffinitiative wurde eine Strategie festgelegt, um die Abhängigkeit industrieller Wertschöpfungsketten und des Wohlergehens der Gesellschaft von nichtenergetischen Rohstoffen zu verringern. Hierzu sollten die Quellen für Primärrohstoffe in Drittländern diversifiziert, die Beschaffung im Inland gestärkt und die Versorgung mit Sekundärrohstoffen durch Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft verbessert werden.

⁸ COM(2020) 798/3 2020/353 (COD).

⁹ Der Anhang enthält einen Überblick über die einschlägigen EU-Rechtsvorschriften zur Nachhaltigkeit. Der umfassende Rechtsrahmen für die Gewinnung von Mineralien und die Genehmigungsverfahren für Exploration und Gewinnung in der EU sind der MINLEX-Studie zu entnehmen. Regelmäßige Aktualisierungen der MINLEX-Studie/des Regelungsrahmens sind im Rohstoffinformationssystem (RMIS) zu finden.

¹⁰ Einschließlich „Towards Sustainable Mining“ (TSM), „Initiative for Responsible Mining Assurance“ (IRMA).

¹¹ Die EU-Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe gelten nicht für weitere Phasen des Lebenszyklus von Materialien (Raffination, Weiterverarbeitung, Herstellung usw.), Hütten (die auch zu einem Bergwerk gehören können) oder die Zement- oder Kalkherstellung. Auch Sekundärmaterialien aus Bau- und Abbruchabfällen fallen nicht in ihren Geltungsbereich.

¹² 2006/21/EG.

¹³ Dies trägt zu SDG-Ziel 16 „Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen“ und SDG-Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“ bei.

¹⁴ Dies trägt zu SDG-Ziel 8 „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“ bei.

¹⁵ Dies trägt zu SDG-Ziel 12 „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“, SDG-Ziel 8 „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“ und SDG-Ziel 9 „Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“ bei.

¹⁶ Dies trägt zu SDG-Ziel 8 „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“, SDG-Ziel 9 „Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“ und SDG-Ziel 12 „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“ bei.

¹⁷ Im Einklang mit der Industriestrategie und der Digitalstrategie der EU.

¹⁸ Dies trägt zu SDG-Ziel 16 „Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen“ bei.

¹⁹ Bezugnahme auf die EU-Initiativen und international anerkannten Initiativen wie die Grundsätze der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI), den OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten.

²⁰ Dies trägt zu SDG-Ziel 6 „Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten“, SDG-Ziel 12 „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“ und SDG-Ziel 15 „Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen“ bei.

²¹ Dies trägt zu SDG-Ziel 15 „Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen“ bei.

²² Siehe Leitfaden: Gewinnung von nichtenergetischen Mineralien und Natura 2000.

²³ Dies trägt zu SDG-Ziel 13 „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“ bei.

²⁴ Aufgrund physischer Beschränkungen des Materials ist jedoch eine kontinuierliche Einspeisung von Primärrohstoffen in den Kreislauf erforderlich.

²⁵ Dies trägt zu SDG-Ziel 12 „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“ bei.

Die EU kontaktieren

Persönlich

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europe Direct“-Informationsbüros. Über diesen Link finden Sie ein Informationsbüro in Ihrer Nähe:

https://europa.eu/european-union/contact_de

Telefon oder E-Mail

Europe Direct beantwortet Ihre Fragen über die Europäische Union. Kontaktieren Sie Europe Direct

- über die gebührenfreie Rufnummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister berechnen allerdings Gebühren),
- über die Standardrufnummer: +32 22999696 oder
- per E-Mail über: https://europa.eu/european-union/contact_de

Informationen über die EU

Im Internet

Auf dem Europa-Portal finden Sie Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen:

https://europa.eu/european-union/index_de

EU-Veröffentlichungen

Sie können – zum Teil kostenlos – EU-Veröffentlichungen herunterladen oder bestellen unter <https://op.europa.eu/de/publications>. Wünschen Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung, wenden Sie sich an Europe Direct oder das Informationsbüro in Ihrer Nähe (siehe https://europa.eu/european-union/contact_de).

Informationen zum EU-Recht

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1951 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex unter: <https://eur-lex.europa.eu>

Offene Daten der EU

Über ihr Offenes Datenportal (<https://data.europa.eu/euodp/de/data>) stellt die EU Datensätze zur Verfügung. Die Daten können zu gewerblichen und nichtgewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden.

